

## Presse-Information

# Zivilklausel in die Grundsatzung des KIT

Die Initiative gegen Militärforschung an Universitäten hat sich in einem offener Brief an Präsidium und Senat des Karlsruher Instituts für Technologie mit dem Anliegen gewandt, die Bestimmung „Das KIT verfolgt nur friedliche Zwecke“, die sogenannte Zivilklausel, in die Grundsatzung aufzunehmen.

Die Forderung wird von den Studierenden- und Beschäftigtenvertretern im Senat unterstützt, wie die Initiative mitteilt. Die Studierenden der Universität hatten dafür in einer Urabstimmung im Januar 2009 votiert.

„Mit der Übertragung der gleichlautenden Zivilklausel des früheren Forschungszentrums in die Grundsatzung würde der unbefriedigende Zustand einer geteilten Klausel überwunden und eine überzeugende Friedensbindung der neuen Körperschaft öffentlichen Rechts hergestellt.“, erklärt Dietrich Schulze von der Initiative.

Die Grundsatzung soll in Kürze fertig gestellt werden mit dem Ziel, die beschlossene Verschmelzung der beiden KIT-Partner Universität und Forschungszentrum organisatorisch zu komplettieren. Die nächste Sitzung der Grundsatzungskommission ist Ende November.

In ihrem Anliegen stützt sich die Initiative auch auf die Bezirksdelegiertenkonferenz der Gewerkschaft ver.di, die Ende Oktober die Forderung nach Zivilklauseln für alle Hochschulen beschlossen und speziell für das KIT bekräftigt hat.

Wie die Initiative gegen Militärforschung an Universitäten weiter mitteilt, wird die Forderung nach Zivilklauseln inzwischen nicht nur bundesweit, sondern auch international erhoben. Für Januar 2011 plant INES (International Network of Engineers and Scientists for Global Responsibility) die Veröffentlichung eines allgemeinen Internationalen Appells gegen Forschung und Lehre für militärische Zwecke an Hochschulen. Neben dem Bürgermeister von Hiroshima haben bislang vier Nobelpreisträger und der langjährige frühere Direktor des Max-Planck-Instituts für Meteorologie unterzeichnet.

Anlage: Offener Brief

# ***Zivilklausel in die KIT Grundsatzung***

## **Offener Brief an Präsidium und Senat des Karlsruher Instituts für Technologie**

Sehr geehrter Herr Prof. Hippler, sehr geehrter Herr Prof. Umbach,  
sehr geehrte Damen und Herren des Senats,

wir wenden uns erneut an Sie mit der Bitte, die geforderte Zivilklausel für das KIT zu realisieren, indem die Bestimmung „Das KIT verfolgt nur friedliche Zwecke.“ in die Grundsatzung aufgenommen und damit die vollständige Übertragung auf die Körperschaft öffentlichen Rechts sicher gestellt wird.

Die Forderung wird vielfältig unterstützt und ist nicht nur zulässig und gut begründet, sondern auch geboten. Die wichtigsten Stellungnahmen mit den tragenden Argumenten haben wir nochmals in der Anlage chronologisch zusammen gefasst. Das frühere Forschungszentrum per Satzung und erfolgreicher jahrzehntelanger Praxis sowie die Universitäten Tübingen und Konstanz aufgrund von Senatsbeschlüssen 2009 bzw. 1991 können als Vorbilder für die Entscheidung zur Grundsatzung angesehen werden. Die Studierenden der Universität haben in einer Urabstimmung für die einheitliche KIT Zivilklausel votiert. In Betriebs- und Personalversammlungen während des Fusionsprozesses haben die Vertretungen der Beschäftigten zustimmend diskutiert.

Die Bezirksdelegiertenkonferenz der Gewerkschaft ver.di Mittelbaden-Nordschwarzwald hat sich Ende Oktober mit der Thematik als Forderung an alle Hochschulen und konkret auf das KIT bezogen auseinandergesetzt. Mit Erlaubnis von ver.di übermitteln wir Ihnen die beiden Beschlüsse in der Anlage.

Aus aktuellem Anlass und wegen seiner grundsätzlichen Bedeutung für das KIT möchten wir Ihnen den Internationalen Appell in Erinnerung rufen. Bereits im Mai 2009 hatten sich Persönlichkeiten wie Bürgermeister Tadatoshi Akiba von Hiroshima und Physik-Nobelpreisträger Jack Steinberger für eine einheitliche KIT Zivilklausel ausgesprochen. Der Appell, in dem die Sorge über Kernforschung und Waffenforschung unter dem Dach einer verschmolzenen Institution ausgedrückt wird, war Ihnen von INES (International Network of Engineers and Scientists for Global Responsibility) zugesandt worden.

Die Forderung nach Zivilklauseln hat inzwischen nicht nur bundesweit, sondern auch international weiter an Attraktivität gewonnen. Für Januar 2011 plant INES die Veröffentlichung eines allgemeinen Internationalen Appells gegen Forschung und Lehre für militärische Zwecke an Hochschulen. Wir können dazu vorab mitteilen, dass bis jetzt neben den beiden zuvor Genannten auch der langjährige frühere Direktor des Max-Planck-Instituts für Meteorologie und drei weitere Nobelpreisträger unterzeichnet haben.

Mit freundlichen Grüßen  
für die Initiative

Reiner Braun   Dietrich Schulze

## **Anlage zum Offenen Brief vom 19. November 2010**

- 08.09.2008 PM ver.di Mittelbaden-Nordschwarzwald [\*\*KIT – Keine Militärforschung in der neuen Karlsruher Großforschungseinrichtung\*\*](#)
- 06.11.2008 PM ver.di Mittelbaden-Nordschwarzwald [\*\*Will Minister Frankenberg am KIT Militärforschung für den Frieden? ver.di fordert öffentliche Diskussion\*\*](#)
- 16.12.2008 Offener Brief ver.di an Rektor Hippler [\*\*Zivilklausel für KIT\*\*](#)
- 09.02.2009 PM ver.di Mittelbaden-Nordschwarzwald [\*\*Zivilklausel für KIT verfassungskonform - Gutachten widerlegt angebliches Freiheitsrecht für Militärforschung\*\*](#)
- 31.03.2009 PM GEW Baden-Württemberg [\*\*Militärische Forschung in Karlsruhe stoppen - ver.di und GEW: Forschung braucht friedliche Ziele\*\*](#)
- 28.04.2009 PM ver.di Mittelbaden-Nordschwarzwald [\*\*Karlsruher Institut für Technologie KIT: Gewerkschaften und Studierende üben massive Kritik am Gesetzentwurf. Podiumsdiskussion am 4. Mai\*\*](#)
- 08.05.2009 PM LandesASTenKonferenz [\*\*Neues KIT-Gesetz untergräbt studentische Mitbestimmung und fördert Kriegsforschung\*\*](#)
- 25.05.2009 PM INES International Network of Engineers and Scientists for Global Responsibility [\*\*Karlsruhe Institute of Technology KIT - Internationaler Appell fordert den Verzicht auf Militärforschung und eine Zivilklausel für das Errichtungsgesetz der neuen Forschungseinrichtung\*\*](#)
- 31.08.2009 Offener Brief anlässlich des Antikriegstages an Minister Frankenberg und Rektor Hippler [\*\*Karlsruhe Institute of Technology KIT - Klarheit für Zivillorientierung schaffen - Verzicht auf Militärforschung - Keine Kern- und Waffenforschung unter einem Dach - Studierendenvotum, Verfassungsauftrag und Völkerrecht respektieren - Einstein weiter denken - Kriege unmöglich machen\*\*](#) Unterzeichner: attac Karlsruhe, Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung, GEW Baden-Württemberg, Gewerkschaftliche Studierendengruppe, Karlsruhe International Association Of Lawyers Against Nuclear Arms (Deutsche Sektion) NaturwissenschaftlerInnen-Initiative für Frieden und Zukunftsfähigkeit und ver.di Baden-Württemberg
- 14.01.2010 Offener Brief an Präsidium und Senat des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) [\*\*Zivilklausel in die Grundordnung aufnehmen - dem Beispiel der Universität Tübingen folgen\*\*](#) Unterzeichner: ver.di Bezirk Mittelbaden-Nordschwarzwald, UStA der Universität Karlsruhe, Fachgruppe Hochschule und Forschung der GEW Baden-Württemberg, Friedensbündnis Karlsruhe, Initiative gegen Militärforschung an Universitäten
- 06.03.2010 PM DGB Nordbaden [\*\*Militärforschung an Uni Karlsruhe /KIT beenden - Zivilklauseln für KIT und alle Hochschulen in Baden-Württemberg\*\*](#)
- 23.03.2010 PM LandesASTenKonferenz [\*\*Studierende stimmen gegen Rüstungsforschung - Die LandesStudierendenVertretung Baden-Württemberg fordert die Einführung und Unterstützung von Zivilklauseln für alle Hochschulen des Landes\*\*](#)
- 23.10.2010 Beschlüsse 3. Ordentliche Delegiertenkonferenz der Gewerkschaft ver.di Mittelbaden-Nordschwarzwald [\*\*Zivilklausel für alle Universitäten - Zivilklausel in Grundsatzung des KIT\*\*](#)